



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Gesundheitswesen durch Pandemie und Flüchtlinge vor großen Herausforderungen

Sachsen-Anhalts Landesregierung und Vertreter des Gesundheitswesens haben heute in Magdeburg über die aktuellen Herausforderungen beraten, vor denen Kliniken und niedergelassene Ärzte in Folge der Corona-Pandemie und der anwachsenden Zahl von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine stehen. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hatte auf Bitten der Ärztekammer kurzfristig zu dem Gespräch in der Staatskanzlei eingeladen. Ministerpräsident Reiner Haseloff und Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne betonten: „Wir stehen im Gesundheitswesen durch Pandemie und Kriegsflüchtlinge vor großen Herausforderungen. Alle Beteiligten arbeiten gemeinsam an Lösungen zur Sicherung der Krankenversorgung.“

Sowohl die Krankenhäuser wie auch der ambulante Bereich haben aufgrund der Omikron-Welle aktuell mit einem massiven Personalausfall zu kämpfen - aufgrund von Corona-Infektionen, Quarantäne und Ausfällen wegen notwendiger Kinderbetreuung. Eine Entspannung sei in den kommenden Wochen nicht zu erwarten, da die Inzidenzen weiter sehr hoch seien. Parallel ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht umzusetzen.

Krankenhausvertreter warnten vor finanziellen Folgen für die Kliniken durch Einschränkungen bei der Regelversorgung. Zudem habe sich ein hoher Rückstand an elektiven Eingriffen aufgebaut. Der Bund wolle zwar die Unterstützung für die Krankenhäuser aufrechterhalten: Die sogenannte Freihaltepauschale soll bis Mitte April sowie die Versorgungspauschale als Zuschlag für die Behandlung von Covid-Patienten bis Ende Juni weitergezahlt werden. Doch das reiche nicht aus.

Mit der Behandlung von Patienten aus der Ukraine kämen neue Herausforderungen hinzu, was akute medizinische Versorgung, aber auch die Versorgung chronischer Erkrankungen, Therapie und Prävention von Infektionskrankheiten sowie die Behandlung von Kriegsverletzungen betreffe. Ärztevertreter betonten, wie wichtig vor dem Hintergrund der „zwei Krisen“ ein guter Impfschutz und die Beibehaltung von Mund-Nasen-Schutz auch in Arztpraxen sei.

Aktuell erhöhe sich der Druck auf das Krankenhaussystem und den ambulanten Bereich gleichermaßen und werfe die generelle Frage auf, welche Strukturen ein Gesundheitswesen braucht, um in Krisensituationen schnell und angemessen reagieren zu können.

Gesprächspartner der Landesregierung waren:

- Dr. Jens-Andreas Münch (Präsident Apothekerkammer Sachsen-Anhalt)
- Dr. med. Jörg Böhme (Vorsitzender Kassenärztliche Vereinigung Sachsen-Anhalt)
- Dr. Eike Hennig (Amtsleiter Gesundheitsamt Magdeburg)

- Dr. Lars Alexander Mohrenweiser (Vizepräsident Apothekerkammer Sachsen-Anhalt)
- Honorarprof. Dr. med. Edgar Strauch (Hauptgeschäftsführer Ärztekammer Sachsen-Anhalt)
- Prof. Dr. Uwe Ebmeyer (Präsident Ärztekammer Sachsen-Anhalt)
- Prof. Dr. Wolfgang Schütte (Vorsitzender Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.)

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de